**Dieses Dokument ist eine Zweitveröffentlichung (Verlagsversion) /
This is a self-archiving document (published version):**

Martin Henzelmann

**Tagungsbericht zur Internationalen Konferenz Linguistik als
diskursive Schnittstelle zwischen Recht, Politik und Konflikt**

Erstveröffentlichung in / First published in:

Zeitschrift für Slawistik. 2017, 62(2), S. 344 – 347 [Zugriff am: 04.12.2019]. De Gruyter. ISSN 2196-7016.

DOI: <https://doi.org/10.1515/slaw-2017-0017>

Diese Version ist verfügbar / This version is available on:

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:14-qucosa2-713792>

„Dieser Beitrag ist mit Zustimmung des Rechteinhabers aufgrund einer (DFGgeförderten) Allianz- bzw. Nationallizenz frei zugänglich.“

This publication is openly accessible with the permission of the copyright owner. The permission is granted within a nationwide license, supported by the German Research Foundation (abbr. in German DFG).
www.nationallizenzen.de/

Tagungsbericht

Martin Henzelmann*

Tagungsbericht zur Internationalen Konferenz *Linguistik als diskursive Schnittstelle zwischen Recht, Politik und Konflikt*

Institut für Slavistik der Technischen Universität Dresden,
02.–04.02.2017

DOI 10.1515/slaw-2017-0017

Vom 02. bis 04. Februar 2017 wurde vom Institut für Slavistik der TU Dresden eine internationale Konferenz mit dem Titel *Linguistik als diskursive Schnittstelle zwischen Recht, Politik und Konflikt* ausgerichtet, die durch die Graduiertenakademie der TU Dresden aus Mitteln der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder gefördert wurde. Der thematische Schwerpunkt richtete sich auf differenzierte Analysen, die im Spannungsfeld zwischen juristischer Terminologie, Herausforderungen der Translationswissenschaft sowie der Konfliktlinguistik angesiedelt sind. Die Dresdner Organisatoren begrüßten anlässlich der Tagung Gäste aus Deutschland, Italien, Rumänien, Russland, Slowenien, Tschechien und aus der Ukraine, die die Ergebnisse aktueller Forschungsprojekte und themenbezogener Studien vorstellten.

Am 03. Februar ging es zunächst um die Interaktion von Recht und Linguistik im öffentlichen Diskurs. Alenka Kocbek von der Univerza na Primorskem in Koper referierte zur Grundsatzproblematik der Rechtsterminologie und ihrer kontextspezifischen Übersetzung. Beispiele aus dem Slowenischen, Englischen, Deutschen und Italienischen illustrierten in ihren Ausführungen die vielfältigen Herausforderungen, die eine Auseinandersetzung mit juristischem Fachvokabular erforderlich macht. Zur Entwicklung der gegenwärtigen slowenischen Rechtsterminologie spielten im Wesentlichen Lehnübersetzungen aus dem Deutschen eine entscheidende Rolle, ein unabhängiges Rechtssystem existiert in Slowenien jedoch erst seit der staatlichen Unabhängigkeit 1991. Danach besprach Martin Hen-

*Kontaktperson: Dr. Martin Henzelmann, Institut für Slavistik, TU Dresden, 01062 Dresden,
E-Mail: martin.henzelmann@tu-dresden.de

zelmann (TU Dresden) die Möglichkeiten und Grenzen, die durch die Implementierung juristischer Fachtermini im öffentlichen Raum auftreten. In der Analyse wurde der polnische Tatra-Nationalpark als Fallbeispiel untersucht und die Verflechtungen zwischen Recht und Linguistik im Rahmen des ökologischen Diskurses in Polen reflektiert. An Hand von theoretischem und empirischem Material zeigte sich, dass bereits durch die Visualisierung von Schlüsselbegriffen gezielt eine Fülle von kognitiven Rastern aktiviert werden kann, welche ihrerseits fester Bestandteil bestimmter rechtlicher Grundvorstellungen sind. Holger Kuße (ebenfalls TUD) kommentierte anschließend in seinem Vortrag Lev Tolstoj's *Brief an einen Studenten* (1909), in dem dieser die Rechts-theorie des polnischen liberalen Rechtstheoretikers Leon Petrażycki (*Rechts- und Staatstheorie in Verbindung mit der Theorie der Moral* von 1907) kritisierte. Tolstoj vertrat eine konsequent recht-nihilistische Auffassung, der zufolge alles Recht nur eine Form der Rechtfertigung für Unrecht sei.

Im zweiten Teil der Veranstaltung, der der Untersuchung historischer Aspekte in der Linguistik gewidmet war, sprach zunächst Helmut Schaller (Philipps-Universität Marburg) zur Herausbildung der makedonischen Literatursprache. In seinen Ausführungen ging er auf den Disput zwischen serbischen und bulgarischen Dialektologen ein, die lange in den makedonischen Idiomen jeweils einen Dialekt ihrer eigenen Standardsprache sahen. Obgleich typologische Gemeinsamkeiten zu beiden Sprachen (aber auch zu nicht-slavisches Sprachen wie Albanisch oder Neugriechisch) erkennbar sind, ist die Nähe zum Bulgarischen besonders offensichtlich. Die politische Verankerung Makedoniens innerhalb Jugoslawiens trug jedoch entscheidend dazu bei, eine eigene und moderne makedonische Schriftsprache zu etablieren. Daraufhin dokumentierte Robert Dittmann von der Karlsuniversität in Prag die Rahmenbedingungen, unter denen unterschiedliche slavische Varietäten und Vernakulärsprachen in der eucharistischen Liturgie in den böhmischen Ländern verwendet wurden. Ihre Zugehörigkeit zum Großmährischen Reich, zum Herrschaftsbereich der Přemysliden und zur Habsburgermonarchie wirkte sich nachhaltig auf sprachliche Routinen aus, die etwa im *Kanzionale von Jistebnice* (*Jistebnický kancionál*) zeigen, dass im 15. und 16. Jahrhundert eine Mischung aus lateinischer und tschechischer Sprache vor Ort belegt werden kann.

Der erste Tag wurde durch Studien zur Translationswissenschaft abgerundet. Radegundis Stolze vom Bundesverband der Dolmetscher und Übersetzer e.V. (Darmstadt) stellte das Übersetzen als verantwortungsvollen Vermittlungsprozess dar, welcher sich vor dem Hintergrund subjektiven Vorwissens des Translators abspielt. Vor allem kognitive, soziale und individuelle Komponenten beeinflussen die Übermittlung von Texten in eine Zielsprache und die damit verbundene Einbettung in einen entsprechenden Kulturkreis. Daran knüpfte Mihai Draganovi-

ci von der Universität Bukarest an und zeigte, welche Schlüsselkompetenzen und Voraussetzungen ein Dolmetscher erwerben muss, um den hohen Anforderungen des Berufsfeldes gerecht zu werden. Die Nürnberger Prozesse wurden von ihm als die Geburtsstunde des modernen Simultandolmetschens herausgestellt; die Dolmetscher mussten hier unterschiedliche Rechtstraditionen korrekt interpretieren und sich mit neuen Technologien auseinander setzen. Die Verkettung dieser Faktoren war in erster Linie für die sowjetischen Beteiligten eine große Hürde, da sie sich nicht angemessen vorbereiten konnten und zudem permanent durch den Geheimdienst überwacht wurden.

Am zweiten Konferenztage, welcher in russischer Sprache abgehalten wurde, wurden zunächst Analysen zur linguistischen Konzeptualisierung von Konflikten präsentiert. Marina Scharlaj (TU Dresden) zeigte, auf welche Weise in Russland Oppositionelle als „Volksfeinde“ (*враги народа*) geächtet und diffamiert werden. Die Sprache wird gleichzeitig als Medium eingesetzt, welches die Verflechtungen zwischen Militarismus, Orthodoxie und Staatsorganen straffen soll. Die Verbalisierung des Feindbildes und daran gekoppelte kognitive Strukturen thematisierte Marina Želtuchina von der Staatlichen Pädagogischen Universität in Volgograd. Feindbilder spielen eine wichtige Rolle für die Erklärung menschlicher Probleme und motivieren Schutz oder Angriff, weshalb sie zahlreiche Varianten, Typen und Konstrukte von Feindbildern herausstellt, welche in unterschiedlichen Kontexten greifen oder aktiviert werden können. Anatolij Omel'čenko (Zentrum für politische und verwaltungstechnische Beratung Volgograd) geht davon aus, dass politische Konflikte als psycholinguistische Technik interpretiert werden können. Dies resultiert aus dem strukturellen Umbruch nach dem Zerfall der Sowjetunion, da bis dahin eine notwendige Vorbereitung auf einen breit angelegten und diversifizierten politischen Diskurs nicht stattfand. Politische Korrektheit und Diplomatie mussten sich daher auf Umwegen herausbilden und zahlreichen psycholinguistischen Herausforderungen standhalten. Am Beispiel der terminologischen Affinitäten der Bezeichnungen *ополченцы* und *боевики* besprachen Marianna Novosolova (TU Dresden) und Ekaterina Jacura (Charkivs'kyj nacional'nyj universitet) die Problematik einer korrekten Begriffswahl in Konfliktsituationen. Sie gingen auf die Anhaltspunkte ein, die eine offene und demokratische Gesellschaft charakterisieren und auf die Schwierigkeiten, diese Aspekte in der Ukraine zu etablieren. In diesem Zusammenhang erklärten sie auch, warum es teilweise sehr umstritten ist, welcher der beiden untersuchten Begriffe kontextuell sinnvoll einsetzbar ist, da die Konfliktparteien im Osten des Landes oftmals ein und dasselbe Vokabular zur Bezeichnung unterschiedlicher Sachverhalte nutzen. Daran knüpfte auch der Beitrag von Vladimir Karasik (Staatliche Technische Universität Volgograd) an, der syntaktische, semantische und pragmatische Typen in einem adressatenorientierten kommunikativen Verhalten fokus-

sierte. Diese Differenzierung ermöglicht es, gezielte Verblendungen des Sinns und intransparente Bedeutungsstrukturen zu untersuchen und daran absichtliche Unschärfen in der Textproduktion herauszuarbeiten, die wiederum die Rezeption manipulativ mitbestimmen können (so etwa im politischen Rahmen um Wählerstimmen zu gewinnen).

Im zweiten Block des Tages konzentrierten sich die Redner auf juristische Phänomene in Gegenwart und Vergangenheit und brachten diese mit linguistischen Fragestellungen in Verbindung. Liana Goletiani, die an der Universität Mailand zur Rechtslinguistik forscht, stellte die russische Rechtskultur im 19. Jahrhundert dar und erläuterte die Entwicklung einiger Fachbegriffe. Da der von ihr betrachtete Zeitraum eigenständige soziodynamische Entwicklungen in Russland aufweist, erfuhren bestimmte Termini eine spezifische Ausprägung, andere wiesen Synonyme auf, welche nicht immer transparent wirkten (so etwa ihre Beispiele *зalog*, *заклад* und *ипотека*). Das Rechtssystem schien somit weniger ausgereift als in Zentral- und Westeuropa – eine vermeintliche Schwäche, die im innerstaatlichen Diskurs oftmals als Stärke ausgelegt wurde. Ekaterina Zacharčuk (Universität Chmel'nyč'kyj) stellte ein aktuelles Projekt vor, welches in Kooperation von britischen, griechischen, österreichischen und ukrainischen Wissenschaftlern durchgeführt wurde. Ziel war es, Personen mit unterschiedlichem Rechtsstatus in Österreich nach bestimmten kognitiven Assoziationen zu befragen und die Ergebnisse systematisch auszuwerten. Die Wertekonzepte des Eigenen und des Fremden konnten somit erfasst und verglichen werden. Abschließend verdeutlichte Anatolij Baranov vom Institut für Russische Sprache an der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau die Ergebnisse einer linguistischen Expertise. Er dokumentierte an Hand eines Fallbeispiels exemplarisch die juristische Unschärfe des russischen Begriffs *оскорбление* (*Beleidigung*). Dieser suggeriert zwar negative Wertungen und unangemessene Verbalisierungen, ein Fehlverhalten dem Kommunikationspartner gegenüber ist aber dennoch nicht immer eindeutig nachweisbar, etwa dann, wenn mit Verschleierungen Aussagen modifiziert werden.

Die Veranstalter bedanken sich an dieser Stelle noch einmal herzlich bei der Graduiertenakademie der TU Dresden für die großzügige Förderung, welche die Durchführung der Konferenz in dieser Form ermöglichte. Ein Tagungsband mit den einzelnen Beiträgen soll zeitnah publiziert werden.